



Medienmitteilung

7. Februar 2022

12. Treffen einer Delegation der Zentralschweizer Kantonsregierungen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Zentralschweiz vom 2.2.2022

Am 2. Februar 2022 fand das 12. Jahrestreffen der Zentralschweizer Regierungskonferenz mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern der Zentralschweiz statt. Im letzten Jahr konnte dieses corona-bedingt nicht durchgeführt werden. Im Zentrum standen der Durchgangsbahnhof Luzern, die OECD-Mindeststeuer und die aktuelle Situation in der Pandemie. Kurzinformationen zum Verkehrshaus und zur E-ID sowie ein Update zur Bundesvorlage über die Stiftungsaufsicht rundeten die Diskussionen ab.

Auf Einladung der Zentralschweizer Kantonsregierungen trafen sich am Mittwoch, 2. Februar 2022, bereits zum 12. Mal eine Regierungsdelegation der Zentralschweizer Regierungen mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern. Nachdem das Treffen 2020 wegen der Covid-19-Pandemie abgesagt werden musste, konnte es dieses Jahr mit den notwendigen Schutzmassnahmen wieder durchgeführt werden. Themen des Treffens waren der Durchgangsbahnhof Luzern, die OECD-Mindeststeuer, die aktuelle Situation in der Pandemie sowie Kurzinformationen zum Verkehrshaus, zur E-ID und zur personellen Besetzung der Stiftungsaufsichtsbehörden.

Durchgangsbahnhof

Nach einer Einführung durch Regierungsrat Fabian Peter, Präsident der Zentralschweizer Konferenz für den öffentlichen Verkehr (ZKÖV), liessen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie die anwesenden Regierungsmitglieder von Anna Barbara Remund, Vizedirektorin des Bundesamts für Verkehr (BAV), über den aktuellen Stand der Planung zum Durchgangsbahnhof Luzern informieren. Sie haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die Projektierungsarbeiten zum Durchgangsbahnhof gut auf Kurs sind und der Baustart auf 2030 geplant ist, vorausgesetzt der genehmigten Finanzierung durch das Bundesparlament. Vizedirektorin Remund machte indes keinen Hehl daraus, dass die Bedürfnisse der Kantone in letzter Zeit deutlich gestiegen sind. Es scheint jedoch, dass es weniger an den finanziellen Möglichkeiten des Bundes fehlt als an den Kapazitäten für die bauliche Umsetzung, um zumindest die priorisierten Projekte zügig vorantreiben zu können. «Der Durchgangsbahnhof ist ein wichtiges Projekt für die Zentralschweiz. Wir müssen alle daran arbeiten, dass dieses Generationenprojekt realisiert wird und der Engpass am Knoten Luzern behoben wird», hielt Regierungsrat Fabian Peter in der Diskussion fest. In einem letzten Teil warf die Referentin einen Blick in die zweite Hälfte des Jahrhunderts und skizzierte erste Tendenzen hinsichtlich der Bahn-Perspektive 2050, als Beitrag zu den Bundesstrategien 2050 zu Klima, Energie sowie Raum und Mobilität.

OECD-Mindeststeuer

Vor einigen Wochen sind die Ideen der OECD für die Einführung von Mindeststeuersätzen bekannt geworden. Bundesrat Ueli Maurer hat bereits vor einigen Tagen eine erste Auslegeordnung präsentiert. Für die Zentralschweizer Kantone ergänzte am Parlamentariertreffen der Präsident der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz und Urner Finanzdirektor Urs Janett die Bedeutung der Vorlage für die Zentralschweizer Kantone. Er betonte: "Es geht darum, Umsetzungslösungen zu finden, welche die Standortattraktivität der Schweiz und insbesondere der Zentralschweiz erhalten". In der Diskussion wurde klar, dass das Geschäft einerseits zügig behandelt und andererseits noch Kreativität für die Umsetzung entwickelt werden muss.

Covid-19-Pandemie

In seinem Referat erläuterte Regierungsrat Guido Graf, LU, als Präsident der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz die aktuelle Lage und mögliche Szenarien, wie sich die Pandemie weiterentwickeln könnte. Er bestätigte den schweizerischen Trend für die Zentralschweiz, wonach zwar die Infektionszahlen so hoch sind wie nie zuvor, die Belegungen der Spitäler, insbesondere der Intensivstationen, aber nicht im gleichen Mass angestiegen sind. Im Weiteren legte Regierungsrat Guido Graf ein Augenmerk auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen wie Long-Covid und die Spaltung der Gesellschaft. Mit Blick auf zukünftige Pandemien kritisierte er, dass das Bundesparlament im Rahmen des Covid-19-Gesetzes (Art. 3, Abs. 4^{bis}) beschlossen hatte, dass die Kantone zur Stärkung der Gesundheitsversorgung Vorhalteleistungen finanzieren sollen, die zur Abdeckung von Auslastungsspitzen in den Spitälern nötig sind. "Aufgrund der Unvorhersehbarkeit von Pandemien sind starre Strukturen eher kontraproduktiv" hielt Regierungsrat Graf fest. Die Schaffung von Infrastruktur und Personalrekrutierung auf Vorrat mache unter anderem auch deswegen nur beschränkt Sinn. Es sei besser, das zu optimieren, was sich in der Krise bewährt habe und den Kantonen erlaube, flexibel auf schwer vorhersehbare Entwicklungen zu reagieren, sowie z.B. die sehr gute innerkantonale und regionale Zusammenarbeit der Spitäler oder den Einsatz von Freiwilligen, Armee und Zivilschutz.

Kurzinformationen

In drei Kurzinformationen appellierte die Zentralschweizer Regierungskonferenz an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, das Anliegen des Verkehrshauses der Schweiz für den Neubau der Schienenhalle zu unterstützen, bei den Bundesbehörden aktiv zu werden, um das Projekt E-ID rasch vorwärts zu treiben und zu einem Abschluss zu bringen sowie den Kompromissvorschlag der nationalrätlichen Kommission im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Aufsichtsbehörden der Personalvorsorgestiftungen zu unterstützen. Dabei geht es darum, dass Regierungsmitglieder weiterhin in den Aufsichtsbehörden mitwirken können, sofern sie in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht mit den Fragen der Personalvorsorgestiftungen befasst sind.

Die ausführlichen Unterlagen zum Treffen sind auf der ZRK-Homepage (www.zrk.ch), unter der Rubrik „Projekte“, abrufbar.

Kontaktpersonen:

Regierungsrat Dr. Othmar Filliger, Präsident ZRK, Tf für die Auskunftsvermittlung 041 618 79 22